

ARBEITSRECHT IN DER BETRIEBLICHEN PRAXIS

Band 43

Das Arbeitsverhältnis in der Insolvenz

Von

Thomas Lakies

Richter am Arbeitsgericht, Berlin

2. neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 15748 8](http://ESV.info/9783503157488)

1. Auflage 2010
2. Auflage 2014

ISBN 978 3 503 15748 8
ISSN 1614-9203

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2014
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin
Druck und Bindung: Kösel, Altusried-Krugzell

Vorwort

In dem vorliegenden Buch werden die Besonderheiten des Arbeitsrechts in der Insolvenz erläutert. Dargestellt werden insbesondere:

- Ablauf des Insolvenzverfahrens
- Bedeutung des vorläufigen und des endgültigen Insolvenzverwalters
- Durchsetzung der Vergütungsansprüche in der Insolvenz
- Unterscheidung Insolvenz- und Masseforderungen
- Insolvenzanfechtung von Lohnzahlungen
- Anspruch auf Insolvenzgeld
- Betriebsverfassungsrechtliche Besonderheiten in der Insolvenz, insbesondere Interessenausgleich und Sozialplan
- Kündigung von Arbeitsverhältnissen in der Insolvenz und Kündigungsschutz
- Betriebsveräußerung in der Insolvenz

Das Buch richtet sich vor allem an die betriebliche Praxis, Insolvenzverwalter und die beratenden Berufe. Auch für die gerichtliche Praxis und für Studenten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten und Fachhochschulen bietet es einen Überblick über das Insolvenzarbeitsrecht.

Grundlage für die Erläuterungen ist die Rechtsprechung der obersten Bundesgerichte. Auf die breite Wiedergabe von Literaturmeinungen wird zugunsten einer kompakten und stringenten Darstellung verzichtet. Beispiele und Muster veranschaulichen die Darstellung.

Die Urteile werden durchgehend nach Entscheidungsdatum und Aktenzeichen zitiert, um ein Auffinden von Parallelfundstellen, insbesondere in Datenbanken, zu erleichtern. Die aktuellen Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts, des Bundessozialgerichts und des Bundesgerichtshofs der letzten Jahre können zur privaten Nutzung kostenfrei im Internet abgerufen werden (www.bundesarbeitsgericht.de, www.bundessozialgericht.de, www.bundesgerichtshof.de).

Berlin, im Juli 2014

Thomas Lakies

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	17
A. Grundlagen	21
I. Bestandsaufnahme	23
II. Funktion des Insolvenzverfahrens	23
III. Besondere Instrumentarien: Insolvenzplan und Eigenverwaltung	27
B. Ablauf des Insolvenzverfahrens	35
I. Einleitung des Insolvenzverfahrens	37
II. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts	48
III. Wirkungen der Insolvenzeröffnung	53
IV. Die Gläubigervertretung im Insolvenzverfahren	64
V. Die Verwertung der Insolvenzmasse	66
VI. Die Beendigung des Insolvenzverfahrens	67
C. Individualansprüche in der Insolvenz	71
I. Die Stellung der Gläubiger in der Insolvenz	73
II. Insolvenzanfechtung	82
III. Die Arbeitnehmer als Insolvenzgläubiger	92
IV. Der Anspruch auf Insolvenzgeld gegen die Bundesagentur für Arbeit	103
V. Die Arbeitnehmer als Massegläubiger	120
VI. Haftungsdurchgriff	130
D. Betriebsverfassungsrechtliche Ansprüche in der Insolvenz	135
I. Betriebsvereinbarungen	137
II. Der Begriff der „Betriebsänderung“	138
III. Interessenausgleich in der Insolvenz	147
IV. Sozialplanpflicht bei Betriebsänderungen	152

E. Die Kündigung von Arbeitsverhältnissen in der Insolvenz ..	157
I. Geltung der allgemeinen arbeitsrechtlichen Kündigungsschutznormen	159
II. Betriebsbedingte Kündigung	167
III. Interessenausgleich mit Namensliste (§ 125 InsO)	192
IV. Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz (§ 126 InsO)	205
V. Anzeigepflichtige Massenentlassungen	216
F. Betriebsveräußerung in der Insolvenz.	227
I. Anwendbarkeit des § 613a BGB in der Insolvenz	229
II. Arbeitsrechtliche Vorgaben bei einem Betriebsübergang	230
III. Kündigung von Arbeitsverhältnissen nach einer Betriebsveräußerung	280
Literaturverzeichnis	283
Stichwortverzeichnis	285

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	17
A. Grundlagen	21
I. Bestandsaufnahme	23
II. Funktion des Insolvenzverfahrens	23
1. Sanierung	24
2. Übertragende Sanierung	25
3. Transfergesellschaften	26
III. Besondere Instrumentarien: Insolvenzplan und Eigenverwaltung	27
1. Insolvenzplan	27
2. Eigenverwaltung	29
B. Ablauf des Insolvenzverfahrens	35
I. Einleitung des Insolvenzverfahrens	37
1. Insolvenzeröffnung nur auf Antrag	37
2. Insolvenzantragspflicht und Insolvenz- verschleppungshaftung	37
3. Massesicherungspflicht	38
4. Zuständiges Insolvenzgericht	39
5. Eröffnungsverfahren: Anordnung vorläufiger Maßnahmen	40
6. Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters ..	40
a) Vorläufiger Insolvenzverwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	41
b) Vorläufiger Insolvenzverwalter ohne Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	42
c) Prozessrechtliche Folgen	44
d) Nichtgeltung der arbeitsrechtlichen Sonderregelungen der InsO	46
e) Der Rang von Arbeitnehmeransprüchen	46
II. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts	48
1. Nichteröffnung des Insolvenzverfahrens	48

2.	Eröffnung des Insolvenzverfahrens	49
a)	Eröffnungsgrund: Zahlungsunfähigkeit	49
b)	Eröffnungsgrund: Drohende Zahlungsunfähigkeit	51
c)	Eröffnungsgrund: Überschuldung	52
d)	Eröffnungsbeschluss des Insolvenzgerichts	52
III.	Wirkungen der Insolvenzeröffnung	53
1.	Beschlagnahme des Vermögens und „Freigabeerklärung“	53
2.	Unterbrechung von anhängigen Prozessen	55
3.	Fortbestehen der Arbeitsverhältnisse	57
a)	Beschäftigungsanspruch	57
b)	Zeugnisananspruch	58
4.	Die Bedeutung des Insolvenzverwalters	59
a)	Faktische Arbeitgeber-Stellung	59
b)	Kündigungsbefugnis des Insolvenzverwalters	59
c)	Partei kraft Amtes und Klagegegner	60
d)	Bewilligung von Prozesskostenhilfe zugunsten des Insolvenzverwalters	61
5.	Haftung des Insolvenzverwalters	61
IV.	Die Gläubigervertretung im Insolvenzverfahren	64
1.	Gläubigerversammlung	65
2.	Gläubigerausschuss	65
V.	Die Verwertung der Insolvenzmasse	66
VI.	Die Beendigung des Insolvenzverfahrens	67
1.	Einstellung des Insolvenzverfahrens	67
2.	Aufhebung des Insolvenzverfahrens	68
C.	Individualansprüche in der Insolvenz	71
I.	Die Stellung der Gläubiger in der Insolvenz	73
1.	Insolvenz- und Masseverbindlichkeiten	73
2.	Nachrangige Insolvenzforderungen	73
3.	Aussonderungsberechtigte	74
4.	Absonderungsberechtigte	75
5.	Abgrenzung von Insolvenz- und Masseforderungen: Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung	75
6.	Sonderfall: Altersteilzeit	78
7.	Sonderfall: Betriebliche Altersversorgung	81
II.	Insolvenzanfechtung	82
1.	Insolvenzanfechtung wegen kongruenter Deckung	83

	2. Insolvenzanfechtung wegen inkongruenter Deckung .	87
	3. Vorsatzanfechtung	89
	4. Rechtsweg	92
III.	Die Arbeitnehmer als Insolvenzgläubiger	92
	1. Arbeitsrechtliche Insolvenzforderungen	92
	2. Durchsetzung von Insolvenzforderungen	94
	a) Das Anmeldungs- und Prüfungsverfahren	94
	b) Die Forderungsfeststellungsklage	97
	c) Arbeitsrechtliche Ausschlussfristen	102
IV.	Der Anspruch auf Insolvenzgeld gegen die Bundesagentur für Arbeit	103
	1. Allgemeines	103
	2. Arbeitnehmer	104
	3. Insolvenzereignisse	104
	a) Eröffnung des Insolvenzverfahrens	105
	b) Nichteröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse	105
	c) Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit	106
	4. Insolvenzgeldzeitraum	108
	5. Insolvenzgeldfähiger und durchsetzbarer Anspruch auf Arbeitsentgelt	110
	6. Anspruchsausschluss	114
	7. Fristgebundener Antrag	115
	8. Höhe des Insolvenzgeldes und Auszahlung	115
	9. Vorschuss	116
	10. Anspruchsübergang	117
	11. Verfügungen über das Arbeitsentgelt und Vorfinanzierung	117
	12. Verfügungen über das Insolvenzgeld	119
	13. Auskunfts- und Informationspflichten	119
V.	Die Arbeitnehmer als Massegläubiger	120
	1. Arbeitsrechtliche Masseverbindlichkeiten	120
	a) Vom Insolvenzverwalter „begründete“ Masseverbindlichkeiten	120
	b) Masseverbindlichkeiten aus „gegenseitigen Verträgen“	121
	2. Durchsetzung von Masseverbindlichkeiten	122
	a) Klageweise Durchsetzung	122
	b) Zwangsvollstreckung	122
	c) Arbeitsrechtliche Ausschlussfristen	123

3.	Besonderheiten bei Masseunzulänglichkeit.....	123
a)	Anzeige der Masseunzulänglichkeit.....	123
b)	Unterscheidung zwischen Alt- und Neumasseverbindlichkeiten	124
c)	Vom Insolvenzverwalter „begründete“ Neumasseverbindlichkeiten (§ 209 Abs. 1 Nr. 2 InsO)	125
d)	Neumasseverbindlichkeiten für die Zeit nach dem ersten Kündigungstermin (§ 209 Abs. 2 Nr. 2 InsO)	126
e)	Neumasseverbindlichkeiten bei tatsächlicher Weiterbeschäftigung (§ 209 Abs. 2 Nr. 3 InsO) ...	126
f)	Prozessrechtliche Fragen.....	128
VI.	Haftungsdurchgriff	130
D.	Betriebsverfassungsrechtliche Ansprüche in der Insolvenz...	135
I.	Betriebsvereinbarungen.....	137
II.	Der Begriff der „Betriebsänderung“	138
1.	Bestehen eines Betriebsrats	138
2.	Unternehmensgröße: mehr als zwanzig Arbeitnehmer	139
3.	Voraussetzungen einer Betriebsänderung	140
a)	Personalabbau als Betriebsänderung	140
b)	Unternehmerische Planungsentscheidung.....	141
4.	Weitere Fälle der Betriebsänderung.....	142
a)	Einschränkung und Stilllegung des Betriebs oder von wesentlichen Betriebsteilen	142
b)	Verlegung des Betriebs oder von wesentlichen Betriebsteilen	143
c)	Zusammenschluss mit anderen Betrieben oder die Spaltung von Betrieben	144
d)	Grundlegende Änderung der Betriebsorganisation, des Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen	145
e)	Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren	147
III.	Interessenausgleich in der Insolvenz.....	147
1.	Der „normale Interessenausgleich“ gemäß § 112 BetrVG	147
2.	Gerichtliche Zustimmung zur Durchführung einer Betriebsänderung gemäß § 122 InsO	149
a)	Anwendungsbereich	149

	b) Pflichten des Insolvenzverwalters	150
	c) Die Entscheidung des Arbeitsgerichts	151
	d) Verfahrensrechtliche Besonderheiten	151
IV.	Sozialplanpflicht bei Betriebsänderungen	152
	1. Begrenzung des Sozialplanumfangs nach Insolvenzeröffnung	153
	2. Sozialpläne vor Insolvenzeröffnung	155
	a) Sozialpläne innerhalb von drei Monaten vor Insolvenzeröffnung	155
	b) Sozialpläne früher als drei Monate vor Insolvenzeröffnung	156
E.	Die Kündigung von Arbeitsverhältnissen in der Insolvenz ..	157
I.	Geltung der allgemeinen arbeitsrechtlichen Kündigungsschutznormen	159
	1. Die Sonderregelung des § 113 InsO	160
	a) Kündigungsmöglichkeit gemäß § 113 Satz 1 InsO .	160
	b) Kündigungsfrist gemäß § 113 Satz 2 InsO	162
	c) „Nachkündigung“ durch den Insolvenzverwalter .	163
	d) Besonderheiten bei Berufsausbildungs- verhältnissen	164
	e) Schadensersatzanspruch (§ 113 Satz 3 InsO)	164
	2. Klagefrist bei einer Kündigung durch den Insolvenzverwalter	165
II.	Betriebsbedingte Kündigung	167
	1. Unternehmerische Entscheidung als Grundlage	167
	2. Kündigungsschutz ist unternehmens-, nicht konzernbezogen	172
	3. Typische Fallkonstellationen betriebsbedingter Kündigungen	173
	a) Fremdvergabe	173
	b) Betriebsstilllegung	173
	c) Beabsichtigte Betriebsstilllegung	175
	d) Sonderfall: Altersteilzeit	176
	e) Sonderfall: Betriebsveräußerung	177
	4. Insolvenzrechtliche Besonderheiten	177
	5. Weiterbeschäftigungsmöglichkeit auf einem freien Arbeitsplatz	178
	6. Sozialauswahl	181
	a) Vergleichbare Arbeitnehmer	184

	b) Soziale Kriterien	186
	c) Berechtigte betriebliche Bedürfnisse für ein Abweichen von der Sozialauswahl	188
	d) Kollektivrechtliche Auswahlrichtlinie (§ 1 Abs. 4 KSchG).	190
	7. Kündigung von Arbeitsverhältnissen bei Betriebsänderungen	191
III.	Interessenausgleich mit Namensliste (§ 125 InsO)	192
	1. Anwendungsbereich des § 125 InsO	192
	2. Rechtsfolgen	195
	a) Betriebsbedingtheit der Kündigung	195
	b) Ausweitung auf den Betriebsübergang.	196
	c) Einschränkung der Sozialauswahl	197
	3. Wesentliche Änderung der Sachlage	202
	4. Interessenausgleich gemäß § 125 Abs.1 InsO als Stellungnahme gemäß § 17 Abs. 3 Satz 2 KSchG	203
	5. Anhörung des Betriebsrats (§ 102 BetrVG).	204
IV.	Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz (§ 126 InsO)	205
	1. Anwendungsbereich	206
	2. Reichweite der Überprüfung durch das Arbeitsgericht	207
	3. Pflichten des Insolvenzverwalters	208
	4. Reichweite der Entscheidung des Arbeitsgerichts	208
	a) Beschränkung der Entscheidung auf § 1 KSchG.	208
	b) Ausweitung auf den Fall des Betriebsübergangs.	209
	c) Teilweise Begründetheit des Antrags.	209
	5. Verfahrensrechtliche Besonderheiten des Beschlussverfahrens gemäß § 126 InsO	209
	a) Keine Güteverhandlung.	210
	b) Verspätungsvorschrift	210
	c) Eingeschränkter Untersuchungsgrundsatz	210
	d) Einstweilige Verfügung	212
	e) Beteiligte	213
	f) Rechtsmittel	213
	g) Kosten	214
	6. Umsetzung: Die individualrechtliche Kündigung	215
	7. Individualkündigungsschutzverfahren (§ 127 InsO)	215
V.	Anzeigepflichtige Massenentlassungen	216
	1. Begriff der „Entlassung“	217
	2. Zahlenwerte	218
	3. Maßgeblicher Zeitrahmen	219

4.	Konsultationsverfahren mit dem Betriebsrat	219
5.	Anzeige an die Agentur für Arbeit.....	222
6.	Sperrfrist und Freifrist.....	224
F.	Betriebsveräußerung in der Insolvenz.....	227
I.	Anwendbarkeit des § 613a BGB in der Insolvenz	229
II.	Arbeitsrechtliche Vorgaben bei einem Betriebsübergang	230
1.	Voraussetzungen des Betriebsübergangs.....	230
a)	Wechsel des Betriebsinhabers	234
b)	Übergang durch Rechtsgeschäft.....	234
c)	Maßgeblicher Zeitpunkt	235
d)	Betriebsteilübergang	236
2.	Einzelfälle	238
3.	Rechtsfolge: Betriebserwerber als neuer Arbeitgeber..	243
4.	Arbeitsvertragliche Vereinbarungen im Zusammenhang mit einem Betriebsübergang	247
a)	Aufhebungsvertrag.....	248
b)	Änderungsvereinbarungen mit dem Betriebserwerber	250
5.	Geltung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen.....	251
a)	Tarifanwendung aufgrund arbeitsvertraglicher Bezugnahmeklauseln	252
b)	Kollektivrechtliche Fortgeltung bestehender Regelungen beim Betriebserwerber	255
c)	Verdrängung durch kollektivrechtliche Regelungen beim Betriebserwerber	258
d)	Individualrechtliche Weitergeltung von Kollektivnormen	260
6.	Informationspflichten beim Betriebsübergang	261
a)	Unterrichtungsverpflichteter	262
b)	Unterrichtungsadressaten	263
c)	Form und Zeitpunkt der Unterrichtung	263
d)	Inhalt der Unterrichtung.....	265
e)	Rechtsfolgen fehlerhafter Unterrichtung.....	271
7.	Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	272
a)	Widerspruchsfrist und Form des Widerspruchs ..	272
b)	Adressat des Widerspruchs	275
c)	Rechtsfolgen des Widerspruchs	276

8. Haftung des Betriebsveräußerers und des Betriebserwerbers.	277
a) Grundsätze	277
b) Insolvenzrechtliche Besonderheiten: Haftungsbeschränkung zugunsten des Betriebserwerbers.	278
III. Kündigung von Arbeitsverhältnissen nach einer Betriebsveräußerung	280
Literaturverzeichnis	283
Stichwortverzeichnis	285